



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

20. Geschäftsbericht

2005

Geschäftsstelle AUNS
Postfach 669
CH-3000 Bern 31
Telefon: 031 356 27 27
Fax: 031 356 27 28
Internet: www.auns.ch
E-Mail: auns@auns.ch
PC-Konto: 30-10011-5

Vorstand – Comité directeur – Comitato direttivo (Stand: 31.12.2005)

Präsident / Président / Presidente

Schwander Pirmin, Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen/SZ

Vizepräsidenten / Vice-Présidents / Vicepresidenti

Cipolla Jean-Dominique, Notar, 1920 Martigny/VS

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden/AG

Mitglieder / Membres / Membri

Bischoff Hans, Architekt FSAI/SIA, 3095 Spiegel/BE

Etter Hans, Kaufmann, Grossrat, 3052 Zollikofen/BE

Freysinger Oskar, Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat, 1965 Savièse/VS

Fuchs Thomas, Betriebswirt, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz

Geninasca Charles, Ökonom, 1276 Gingins/VD

Grangier Kevin, Student, 1845 Noville/VD

Graf Hans-Ulrich, Dr. iur., a. Nationalrat, 8180 Bülach/ZH

Mörgeli Christoph, Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon/ZH

Perrin Yvan, Inspecteur de police, Nationalrat, 2117 La Côte-aux-Fées/NE

Reimann Lukas, Jus-Student, Kantonsrat, 9500 Wil/SG

Scheidegger René, ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac/FR

Schmid Christian, Generalagent, 3283 Niederried b. Kallnach/BE

Stähli Benjamin, Designer, 8400 Winterthur

Surber-Devoto Conrado A., dipl. ing. ETH, lic. oec. publ., 8200 Schaffhausen

Syz Rudolf, Unternehmer, 4422 Arisdorf/BL

Revisor / Vérificateur / Verificatore

Fischer Theo, Notar, a. Nationalrat, 5607 Hägglingen/AG

Geschäftsstelle / Secrétariat central / Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 669, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: auns@auns.ch;

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: www.auns.ch

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat

Geschäftsführer Stv.: Werner Gartenmann / Sekretariat: Katharina Fischer

Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande

Case postale 602, 1470 Estavayer-le-Lac

Internet: www.asin.ch

Indirizzo per la Svizzera italiana

ASNI, Gianlucca Montù

Via Lisano 4, 6900 Massagno

Internet: www.asni.ch

1. Das Umfeld im Jahre 2005

Laut einer Studie zum Thema «Menschliche Sicherheit», die im Oktober des Berichtsjahres in New York vorgestellt wurde, gibt es weltweit immer weniger bewaffnete Konflikte. Auch Völkermord und Menschenrechtsverletzungen seien rückläufig. Die einzige Form politischer Gewalt, die laut Studie zugenommen hat, ist der internationale Terrorismus.

Die von Kanada, Schweden, Norwegen, Grossbritannien und der Schweiz finanzierte Studie kommt zum Schluss, dass die bewaffneten Konflikte seit 1992 um mehr als 40 % zurückgegangen sind. Die Zahl internationaler Krisen, aus denen sich häufig Kriege entwickeln, fiel in den vergangenen 20 Jahren um mehr als 70 %.

Trotz gewisser Hoffnungsschimmer, die sich im Berichtsjahr auch im Nahen Osten abzeichneten, gibt es laut Studie weltweit noch immer 60 Kriege, darunter die anhaltende Gewalt im Irak und in der westsudanesischen Provinz Darfur. Das Risiko, dass neue bewaffnete Konflikte ausbrechen oder alte wieder aufflammen, wird als beträchtlich eingestuft. So gibt beispielsweise die Entwicklung im Iran zu grosser Sorge Anlass. Der neue Staatspräsident gibt scharfmacherische Töne gegen Israel und gegen den Westen von sich, und es werden unverhohlenen Schritte zur Atommacht Iran angestrebt.

Die Realität zeigt: Auch im Berichtsjahr ging es im Grunde genommen um Machtansprüche zwischen Grossmächten, um Machtverteilung und Einflussnahme. Es ging um Wasser, Öl, Ressourcen, Handelswege und Lebensräume – und es wird auch in Zukunft darum gehen. Das hat auch der am Ende des Berichtsjahres ausgebrochene Konflikt um russische Gaslieferungen an die Ukraine gezeigt. Energieabhängigkeit wird als Waffe eingesetzt, was rasch auch Auswirkungen auf mittel- und westeuropäische Länder haben könnte.

Neben Naturkatastrophen (Wirbelstürme und Überschwemmungen in den USA mit schlimmsten Zerstörungen, sowie schwere Überschwemmungen im ganzen deutschsprachigen Alpenraum) haben furchtbare Terroranschläge in London und im ägyptischen Sharm el-Sheikh viele Menschen in Angst und Schrecken versetzt. Im Berichtsjahr griffen islamistische Gewalt- und Terrorakte zunehmend auf europäische und westlich orientierte Länder über und trafen die verwundbare offene Gesellschaft empfindlich. Es zeigt sich, dass der Terror – die menschenverachtende Kampfform der Machtlosen – in letzter Zeit vermehrt dezentral in Erscheinung tritt. Kleinere, «einheimische» Terrorzellen operieren offenbar selbständig und ohne «terroristische Weltzentrale».

Was man in diesem Zusammenhang auch immer vom oft geschmähten «Weltpolizisten USA» und von der Administration Bush halten mag: Die USA mit ihrem enormen militärischen, wirtschaftlichen und politisch/diplomatischen Potential sind nach wie vor die einzige Macht, welche in der Lage ist, weltweit empfindliche Schläge gegen terroristische Hochburgen und Zellen zu führen.

Seit dem UNO-Beitritt am 4. März 2002 hat die Gefahr zugenommen, dass die Schweiz in internationale Konflikte hineingezogen wird und damit riskiert, auch zum Ziel terroristischer Aktionen zu werden. Vor allem Aussenministerin Calmy-Rey hat im Berichtsjahr «im Namen der Schweiz» einen überzogenen aussenpolitischen Aktivismus betrieben (siehe Seite 14).

Auch für die Zukunft gilt deshalb ohne Wenn und Aber: Die Schweiz muss ihre Neutralität und ihre Souveränität hochhalten und sich nicht in internationale Konflikte einmischen. Damit wird sie auch weniger zur Zielscheibe von Terroristen.

Es ist der Auftrag der AUNS, unsere bewährten, erfolgreichen Staatssäulen – Freiheit, Volkssouveränität, Unabhängigkeit, Neutralität – zu schützen, zu wahren und zu stärken.

1.1. Die Europäische Union in der Krise

Die EU befindet sich am Ende des Berichtsjahres in der schwersten Krise ihrer Geschichte. Nach dem Nein der Franzosen und der Holländer zur neuen Verfassung und nach der massiven Kritik aus weiteren EU-Ländern hat im Herbst 2005 auch die (rot-grüne) norwegische Regierung von den EU-Beitrittsplänen definitiv Abschied genommen.

Die wichtigsten Neuerungen der Verfassung waren:

- Die Zahl der EU-Kommissare, also der EU-Regierung, ist kleiner als jene der Mitgliedsländer. (Kleine Länder sind benachteiligt.)
- Es gibt einen EU-Aussenminister. (Die gemeinsame Aussenpolitik bedeutet: Preisgabe der Neutralität.)
- Mehrheitsentscheide (statt Einstimmigkeit!) sind nur gültig bei einer «doppelten Mehrheit». Ein Beschluss gilt nur dann als angenommen, wenn 55 % der Mitgliedstaaten, die zugleich 65 % der EU-Bevölkerung repräsentieren, zustimmen. (Die Grossen sind wiederum bevorzugt.)

Die Verfassung bildet den illusorischen Versuch, unterschiedliche politische Ansprüche und wirtschaftliche Gegebenheiten, unterschiedliche Mentalitäten, Rechtssysteme, Sozialsysteme und nationale Besonderheiten unter einen Hut zu bringen.

«Krise im Kopf und im Herzen»

Die Krise hat nach Auffassung des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Juncker nicht nur mit dem Nein verschiedener Länder zur Verfassung zu tun: *«Man denkt, Europa ist in der Krise, weil die Franzosen und die Niederländer gegen die Verfassung gestimmt haben und wir uns nicht auf eine finanzielle Vorausschau (Budget 2007 bis 2013) einigen können. Die eigentliche Krise ist aber eine andere: Es geht darum, dass die **Grundidee der EU in Frage gestellt** wird. Bislang bedeutete Europa die Organisation der kontinentalen Solidarität. Heute gibt es viele, die denken, diese Solidarität brauche es nicht mehr. **Die Krise ist im Kopf und im Herzen**. Europa hat aufgehört, eine Sache dieser Mischung aus Verstand und Gefühl zu sein. Wer Europa nur aus dem Gefühl heraus gestaltet, oder aber nur mit dem Kopf, der ist nur ein halber Mensch. Es gibt zu viele halbe Menschen in Europa.»* (Tagesanzeiger, 10. Dezember 2005)

EU wohin?

Wohin sich die EU als Ganzes entwickelt, ist am Ende des Berichtsjahres unklarer denn je. Nachdem schon die «alte» EU mit grossen Problemen zu kämpfen hatte – Finanzprobleme, hohe Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Zentralisierungswut, Bürokratie, Subventionsstreitigkeiten, Korruption, illusorischer Stabilitätspakt – hat die Erweiterung auf 25 Staaten per 1. Mai 2004 vollends unlösbar scheinende Probleme gebracht, die im Berichtsjahr voll zutage traten. Dr. Bruno Bandulet, Bad Kissingen, Währungsexperte und Verfasser von «Wenn die Mark stirbt», spricht von der «kommenden Geldkatastrophe» (DeutschlandBrief Nr. 7/8 2005).

Die EU ist längst kein liberales Projekt mehr, sie ist definitiv zum undemokratischen, bürokratischen, technokratischen Regime verkommen – zum **«Imperium Europa»** (Prof. Dr. Gerd Habermann, Berlin, am 30.4.2005 in Bern). Brüssel hat die **Zentralisierung** im Berichtsjahr weiter vorangetrieben, auf Kosten des Föderalismus und auf Kosten des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie ist und bleibt eine «intellektuelle Fehlkonstruktion».

Die EU-Finzen – Spiegel der Zerrissenheit

Nach einem misslungenen Anlauf im Frühsommer 2005 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2005 bei ihrem Gipfel in Brüssel auf ein Budget für die nächsten Jahre geeinigt und sich – zumindest auf dem Papier – zu einem Kompromiss zusammengerauft. Die tief greifenden Differenzen wurden aber nur notdürftig übertüncht und «vertagt».

Die EU-Haushaltstruktur, der Briten-Rabatt und das teure und umstrittene System der Beihilfen für die Landwirtschaft sollen erst 2008 auf den Prüfstand gestellt werden.

Fazit: Auch die grossen Finanzprobleme werden nicht gelöst, sondern vertagt. Die EU-Gelder werden weiterhin nach dem Giesskannensystem ausgegeben oder verschwinden in irgendwelchen obskuren Kanälen. Nettozahler oder «Milchkühe» à la Schweiz wären deshalb in Brüssel sehr willkommen!

Nachteilige Einheitswährung

Im Berichtsjahr hat sich die Erkenntnis verstärkt, dass die Kritik der Ökonomen an der überstürzten Einführung des Euro berechtigt war. Die im Euroraum zusammengeschlossenen Länder bilden alles andere als ein optimales Währungsgebiet. Zu heterogen sind die Wirtschaftsstrukturen, zu stark divergieren die Wachstumsraten sowie die Fiskal- und die Sozialpolitiken der einzelnen Länder.

Die Einheitswährung hat zwar feste Wechselkurse gebracht, die Euroländer haben damit aber die Möglichkeit verloren, auf Störungen in der nationalen Wirtschaftsentwicklung durch eine Änderung der realen Zins- und Wechselkurse zu reagieren. Besonders gravierend ist die Situation in Deutschland. Im Gegensatz zu früher kann Deutschland nicht mit einer Änderung der Geldpolitik auf die akuten Wirtschaftsprobleme reagieren.

Im Berichtsjahr hat es sich zudem bestätigt, dass die Teuerung im Euro-Raum massiv unterschätzt wurde. Die Statistik zeigt, dass die EU-Bürger jeden zehnten Euro für selbstgenutztes Wohneigentum ausgeben. Aufgrund der Teuerung in diesem Bereich verringert sich die Kaufkraft. Trotzdem gehen die Ausgaben für das Wohneigentum nicht in die Teuerungsrate ein, die vom statistischen Amt der EU (Eurostat) für den Euro-Raum berechnet wird. Im Jahr 2004 sind die Hauspreise in der Euro-Zone um 7,2% gestiegen. Der Konsumentenpreisindex gemäss Eurostat weist aber nur eine Zunahme von 2,1% aus. Die effektive Kaufkraft im Euro-Raum ist somit wesentlich tiefer als dies der Konsumentenpreisindex vermuten lässt. (gemäss NZZ, 23.12.2005)

Es rächt sich zusehends, dass die Währungsunion nicht auf ökonomischen Grundlagen, sondern auf einem politischen Entscheid beruht.

Türkei: Gewaltige Probleme der EU-Erweiterung

Die 10 neuen EU-Staaten sind für die EU-15 zweifellos eine grosse Belastung, denn es sind mehrheitlich Länder mit schlechten Wirtschaftsleistungen und zum Teil hoher Arbeitslosigkeit.



Eine noch ganz andere Tragweite bringt jedoch der Beitritt von **Rumänien** und **Bulgarien**, der 2007 vollzogen werden soll, sowie der angestrebte Beitritt der **Türkei** und des Balkans. Die gewaltigen Unterschiede zwischen der alten EU und insbesondere der Türkei mit ihrer 80-Millionen-Bevölkerung in Bezug auf Mentalität, Kultur, Islam/Islamismus, politische Strukturen und Entscheidungsabläufe, Wirtschaft, Sozialsysteme etc. sind auch längerfristig kaum überbrückbar. Dennoch hat die EU nicht die Kraft, nein zu sagen oder eine geeignete Form der Zusammenarbeit zu finden.

Der nachstehende Leserbrief an die NZZ (31.10.2005) illustriert die **Bedenken gegen einen EU-Beitritt der Türkei** aus deutscher Warte treffend:

«Ich bin immer wieder überrascht, mit welcher Leichtigkeit gerade Sie in der NZZ als Schweizer den Beitritt der Türkei zur EU als Selbstverständlichkeit ansehen. In der Schweiz dürften Sie als Staatsbürger selbstverständlich darüber abstimmen, ob Sie ein anderes Land in Ihren Staat aufnehmen wollen. Wir in der EU lebenden Staatsbürger der Einzelstaaten hatten dieses Recht noch nie. Wie würden Sie denn stimmen, wenn Ihnen die Aufnahme der Türkei in den europäischen Staatenbund – in dem die Schweiz Mitglied wäre – zur Abstimmung unterbreitet würde? Haben Sie nie darüber nachgedacht, dass ein solches riesiges Konglomerat eine Demokratie zur Farce macht und zu einer Diktatur der Bürokratie führt, die wir in Brüssel schon ausreichend haben?»

Gerhard Fempel, Stuttgart

Nein zur EU-Fehlkonstruktion

Die Auswirkungen der Fehlkonstruktion EU sind im Berichtsjahr besonders stark zutage getreten, sodass ein EU-Beitritt der Schweiz mehr denn je abgelehnt werden muss.

Die Schweiz und die EU haben völlig **unterschiedliche Ziele**. Die Eidgenossenschaft entstand, weil man die eigene Identität nach aussen, gegen Grossmächte und grosse Reiche, verteidigen wollte. Ganz anders in der EU: Ziel der EU ist die Harmonisierung, die Gleichheit. Die EU hat letztlich zum Ziel, dass in ganz Europa das Gleiche gelten soll.

Die EU griff gegen Ende des Berichtsjahres sogar in unsere kantonale Steuerhoheit ein. So verlangte die EU-Kommission von der Schweiz eine Korrektur ihrer Steuergesetzgebung mit der seltsamen «Begründung», die kantonalen Steuerprivilegien begünstigten nicht operationell tätige Holdings und widersprächen dem Freihandelsabkommen. (Newsticker Schweiz, Tamedia, 16.12.2005)

Die EU bleibt unserem direkt demokratischen, neutralen Kleinstaat gegenüber zutiefst wesensfremd. Zentrale Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit, Volkssouveränität, Selbstverantwortung, Föderalismus und Bürgernähe werden untergraben. Die Mär, wonach die EU immer demokratischer, föderalistischer und bürgernäher werde, ist eine Illusion.

1.2. In der Schweiz

Abstimmungen Schengen und Ost-Personenfreizügigkeit

Für die AUNS standen im Berichtsjahr das Schengen-Referendum (als zentrales Anliegen) sowie das Referendum gegen die Ost-Personenfreizügigkeit (von der AUNS lediglich unterstützt) im Zentrum. Sowohl die Unterschriftensammlungen als auch die Abstimmungskampagnen haben die AUNS und die Geschäftsstelle stark gefordert.

Bei **Schengen** (Abstimmung am 5. Juni 2005) ging es primär um die Sicherheit und die Souveränität unseres Landes. Die zentrale Bestimmung des Schengener Abkommens «Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden» verspricht ein grenzenloses Europa. Schengen bringt aber gleichzeitig ein enormes Kriminalitäts- und Sicherheitsrisiko durch weitgehend unkontrollierte Binnengrenzen.

Auch die schweizerische Souveränität ist in Frage gestellt aufgrund der Tatsache, dass wir die Weiterentwicklung des Schengenrechts (Folgerecht) ohne Mitentscheidungsmöglichkeit übernehmen müssen, beispielsweise in den Bereichen Amts- und Rechtshilfe im Polizei- und Justizbereich, Visapolitik, Waffenrecht, Asylpolitik.

Bei der **Ost-Personenfreizügigkeit** (Abstimmung am 25. September 2005) ging es im Wesentlichen um die Frage: Wollen wir weiterhin souverän bestimmen, wer aus den neuen EU-Staaten bei uns Arbeit suchen, sich niederlassen, seine Familie nachziehen und unsere Sozialwerke in Anspruch nehmen kann? Oder nehmen wir ab 2011 eine unkontrollierte Ost-Zuwanderung mit tieferen Löhnen, mehr Arbeitslosen und gefährdeten Sozialwerken in Kauf?

«Die Schweiz ist uns nicht Wurst»

Die AUNS hat die Unterschriftensammlung am 28. Dezember 2004 mit der Grossaktion «Die Schweiz ist uns nicht Wurst» – mit der Abgabe von Grillwürsten in über 20 Städten – erfolgreich gestartet. Auf einem Doppel-Unterschriftenbogen wurden jeweils für beide Referenden (Schengen und Ost-Personenfreizügigkeit) Unterschriften gesammelt. Ende März 2005 hat die AUNS gegen 80 000 Schengen-Unterschriften eingereicht. Im gleichen Zeitraum hat das Komitee gegen die Ost-Personenfreizügigkeit der Bundeskanzlei ähnlich viele Unterschriften übergeben.

Im Abstimmungskampf haben wir unsere Botschaft «Schengen heisst: Mehr Kriminelle, mehr Arbeitslose, EU-Beitritt», unmissverständlich auf den Tisch gelegt. Zusammen mit Gleichgesinnten (insbesondere SVP, SD und verschiedene Organisationen) wurde ein sehr intensiver

Abstimmungskampf geführt. Mit einer Vielzahl von Stand- und Strassenaktionen, mit Leserbriefen, Zeitungsartikeln, Plakaten, Flugblättern, Veranstaltungen und Inserataktionen haben wir unsere Kampagne gegen die Koalition der Befürworter geführt.



Eindrückliche Manifestation gegen Schengen auf dem Bundesplatz, vom Staatsfernsehen totgeschwiegen.

Der bundesrätliche «Schengen-Schwindel», der Schengen als Sicherheitsprojekt verkaufte, wurde gar mit einem acht Meter hohen Trojanischen Pferd aus Holz symbolisiert und in verschiedenen Städten präsentiert.

Dennoch wurde das Schengen-Abkommen am 5. Juni 2005 gutgeheissen. 54,6% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben der Vorlage zugestimmt, 45,4% haben sie abgelehnt. Die Übermacht des Befürworter-Apparates, bestehend aus Bundesrats- und Parlamentsmehrheit, Parteien, Wirtschafts- und Verbandsfunktionären, Presse und elektronischen Medien, sowie die von Bundesrat und Parlament aufgebauten demokratiefeindlichen Hindernisse (u.a. Verweigerung des Ständemehrs) waren zu gross. Die AUNS und ihre Mitstreiter hatten zudem lediglich 2,5 Mio. Franken zur Verfügung, die Befürworter rund 30 Millionen bzw. laut *economiesuisse* «so viele Millionen wie nötig». Die gewaltige Propaganda von Bundesrat und Parlament mit Versprechungen («Schengen bringt mehr Sicherheit») und Unwahrheiten («An der Grenze ändert sich nichts») hat Wirkung gezeigt.

Ost-Personenfreizügigkeit heisst «unbegrenzte Ost-Zuwanderung»

Im Rahmen des «Schweizerischen Komitees für sichere Arbeitsplätze und sicherere Sozialwerke» hat die AUNS im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 25. September 2005 die Kampagne gegen eine unbegrenzte Ost-Zuwanderung unterstützt. Dies vor allem mit Flugblattaktionen auf Strassen, vor Einkaufszentren und in Bahnhöfen, mit Plakat-Aktionen, Leserbriefen, Artikeln, Medienauftritten und zahlreichen Veranstaltungen.

Die Unterstützung der Kampagne drängte sich vor allem deshalb auf, weil ein Land mit hohen Sozialleistungen, das eine unkontrollierte Ost-Zuwanderung zulässt, in einem entscheidenden Bereich seine **Souveränität preisgibt** und gleichzeitig seine Sicherheit und seine Sozialwerke gefährdet.

Trotzdem hat am 25. September 2005 eine Mehrheit von 56 % der Stimmbürger der Vorlage zugestimmt. Leider hatten die Befürworter – ähnlich wie bei Schengen – wiederum Dutzende von Millionen Franken, inklusive Bundesrat, Verwaltung, Wirtschaftsverbände und Medien zur Verfügung, um eine beispiellose Propaganda-Walze auf die Leute loszulassen. Dabei wurden den Stimmbürgern geradezu abenteuerliche Versprechungen gemacht, insbesondere «mehr Wachstum, neue Märkte und mehr Arbeitsplätze».

Die Verantwortung für die Folgen tragen nun der Bundesrat, die befürwortenden Parteien, die Wirtschaftsverbände und insbesondere die Spitze von *economiesuisse*, die sich von den Gewerkschaftsfunktionären über den Tisch haben ziehen lassen. Mit den so genannten flankierenden Massnahmen wird der noch flexible schweizerische Arbeitsmarkt überreguliert und damit geschwächt.

Eine neue Dimension hat sich bei der Kampagne insofern abgezeichnet, als gewisse Verbände und Organisationen (zum Beispiel der Bund der Steuerzahler und der Schweizerische Bauernverband) sich von den Befürwortern haben kaufen lassen. Auch war die SVP leider in dieser Frage geteilt und damit massiv geschwächt. Nicht weniger als 24 ihrer Bundesparlamentarier haben auf der Pro-Seite mitgemacht.

Dennoch hat die AUNS bei den beiden Abstimmungen wesentliche Ziele erreicht:

- Trotz krasser finanzieller und medialer Überlegenheit der andern Seite haben wir zusammen mit unseren Verbündeten Nein-Stimmenanteile von 44 und 45 % erreicht.
- Dank der AUNS hat das Schweizer Volk über diese wichtigen Fragen überhaupt abstimmen können. Bundesrat und Parlament wollten das Volk ausschalten. Ebenso haben sie das obligatorische Referendum und damit das Ständemehr verweigert.
- Der Bundesrat sowie die so genannten Mitte-Parteien und die Wirtschaftsverbände haben sich zumindest mit Worten zum bilateralen Weg bekennen müssen. Der bilaterale Weg wurde gestärkt.

- Bundesrat und Befürworterkreise haben weit reichende Versprechungen machen müssen, auf denen wir sie behaften und zur Verantwortung ziehen werden.

Fazit: Die AUNS ist ihrem Hauptziel – Verhinderung eines EU-Beitritts, Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität – ein Stück näher gekommen.

Nach Bundesrats-Klausur: Kampf um Unabhängigkeit geht weiter

Am 26. Oktober 2005 hat sich der Bundesrat zu einer Klausursitzung zum Verhältnis Schweiz–EU getroffen. Die Resultate waren, wie leider zu erwarten, jämmerlich: Kein Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs. Das Beitrittsziel wird getarnt als «Option». Mit der Variante «Beitritt light» (was immer das ist) soll das Volk über den Tisch gezogen werden.

Der EU-Beitritt muss vom Tisch!

Leider gibt es auch in der Schweiz Politiker und Gruppierungen, die aus politischen Gründen der EU beitreten wollen und bereit sind, die negativen wirtschaftlichen (und politischen) Folgen in Kauf zu nehmen. Tatsache ist jedoch: Die schweizerische Wirtschaft würde unter einer Übernahme des Euro noch stärker leiden als Deutschland, weil die realen Schweizer Franken-Zinsen deutlich unter den Euro-Zinsen liegen. Hohe Löhne und hohe Realzinsen wären eine Kombination, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ruinieren würde. Eine Rückgewinnung des Standortvorteils wäre nur über dramatische Lohnsenkungen möglich.

Die schweizerische Wirtschaft lehnt deshalb einen EU-Beitritt ab. Das hat sich im Berichtsjahr, insbesondere nach den Abstimmungen über Schengen und die Ost-Personenfreizügigkeit, deutlich manifestiert.

Nicolas G. Hayek, Präsident des Verwaltungsrates der Swatch Group in Biel, hat in einem Interview in der Schweizer Revue (Nr. 4, August 2005), auf die Frage, ob er es bedaure, dass die Schweiz nicht zur EU gehöre, folgendes gesagt:

*«Nein, ganz und gar nicht. **Die EU produziert nur Gesetze, die mehr erschweren statt zu erleichtern.** Ich kann das gut beurteilen, weil ich in verschiedenen EU-Kommissionen sitze und hinter die Kulisse sehe. Man hat sich von der EU eine starke Wirtschaft versprochen und hat heute die höchsten Arbeitslosenzahlen in Frankreich und Deutschland. (...) Stellen Sie sich vor, die EU hat dreimal mehr Beamte als notwendig. Das ist doch wahnsinnig.»*

Auch Persönlichkeiten im EU-Ausland, welche die EU aus der Praxis besonders gut kennen, raten von einem Beitritt dringend ab:

Klaus von Dohnanyi, ehemaliger sozialdemokratischer Bürgermeister von Hamburg, hat in der Sonntagszeitung vom 4.9.2005 gesagt: **«Wenn ich Schweizer wäre, würde ich unter keinen Umständen der EU beitreten. Die Schweiz verdankt ihre erfolgreiche Position in der Welt ihren politischen Strukturen. Die würde ich mir nicht nehmen lassen. Von der EU würden diese Strukturen zwangsläufig plattgewalzt werden.»**

Professor Dr. Gerd Habermann, Direktor des Unternehmerinstituts der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, hat am 30.4.2005 an einem Vortrag in Bern gesagt: «Europa braucht eine unabhängige Schweiz. Die Schweiz hat als Sonderfall mehr zu verlieren als etwa die Slowakei, Luxemburg oder Belgien. Darum erstaunt mich so ein gewisser Überdross mancher Schweizer Intellektueller an der selbständigen politischen Existenz ihres Landes.»

Notfalls Volksinitiative gegen EU-Beitritt

Die AUNS hat ihre Forderungen unter dem Titel «Der EU-Beitritt muss vom Tisch» am 14. November 2005 an einer Pressekonferenz vorgestellt und einen Kurswechsel in der Europapolitik gefordert. Sie verlangt 10 Massnahmen:

1. Der vom Bundesrat angekündigte Europabericht (Vor- und Nachteile verschiedener europapolitischer Wege) ist bis Mitte 2006 von verwaltungsexterner Seite zu erstellen und vorzulegen.
2. Das EU-Beitrittsgesuch ist endlich zurückzuziehen.
3. Falls der Bundesrat nicht von seinem Anpassungs- und Beitrittsdrang abrückt, behält sich die AUNS die Lancierung einer Volksinitiative vor, die einen EU-Beitritt sowie souveränitätsfeindliche Abkommen ausschliesst.
4. Die AUNS verlangt einen referendumsfähigen Beschluss zur Kohäsionsmilliarde Ost (Milliardenzahlung als solidarische Aufbauhilfe an die EU-Oststaaten). Mit Beschluss vom 26. Oktober 2005 hat der Bundesrat eine Motion von NR Hans Fehr (05.3704), die einen referendumsfähigen Beschluss verlangt, gutgeheissen. Die Milliardenzahlung kann mit einem Referendum gegen die Änderung des Osthilfegesetzes bekämpft werden.
5. Die Staatspropaganda in Bundesbern, welche mehr und mehr eine «gelenkte Demokratie» zur Folge hat, ist zu stoppen (u.a. durch Unterstützung der Volksinitiative «Volksouveränität statt Behördenpropaganda»).
6. Die AUNS akzeptiert keine EU-Beitrittsetappen unter dem Deckmantel «Bilaterale», kein Rahmenabkommen, das die Beitrittsdynamik verstärkt und kein Dienstleistungsabkommen, welches unser Bankkundengeheimnis preisgibt.
7. Die AUNS verlangt eine vermehrte Ausrichtung der Aussenpolitik auf die neuen Wachstumsmärkte in Asien und Amerika statt die Fixierung auf Brüssel.
8. Mit einem Neutralitätsbericht per Frühjahr 2007 soll der Bundesrat sein Neutralitätsverständnis darlegen.

9. Die AUNS fordert eine bedrohungsgerechte Milizarmee.
10. Die AUNS wird vor den eidgenössischen Wahlen 2007 detaillierte Wahlempfehlungen für «AUNS-taugliche» Parlamentarier veröffentlichen.

Neutralitätswidriger Aktivismus in der UNO

Der neutralitätswidrige Aktivismus in Bundesbern, der vor allem seit dem UNO-Beitritt am 2. März 2002 mit System praktiziert wird, hat sich im Berichtsjahr weiter verstärkt. Folgende Beispiele seien genannt:

- Nachdem sich Bundesrätin Calmy-Rey «im Namen der Schweiz» massiv in den Kosovo-Konflikt eingemischt, die Unabhängigkeit des Kosovo gefordert und damit weitherum Irritationen und Kopfschütteln ausgelöst hat, sah sich Bern genötigt, wortreiche Erklärungen über angebliche Missverständnisse abzugeben. Dennoch hat Frau Calmy-Rey diese Forderung in der französischen Zeitung «Le Monde» (25.1.2006) wiederholt. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralität.
- Ganz grosse Publizität wollte sich Bundesrätin Camy-Rey im Berichtsjahr mit der «Vermittlung» zwischen Israel und den Palästinensern holen. Ihr Einsatz für die so genannte Genfer Initiative hat ausser Millionenkosten und einer in Nablus öffentlich verbrannten Schweizerfahne nichts gebracht.
Das von Frau Calmy-Rey stur verfolgte Anliegen, den israelischen Roten Davidstern in den Dachverband der weltweiten Rotkreuzgesellschaften einzubinden, konnte – unter schweizerischem Vorsitz – nur mit einer Abstimmung erzwungen werden. Damit ist erstmals ein humanitäres Abkommen nicht im Konsens verabschiedet worden. Der erzwungene Mehrheitsentscheid wird der weltumspannenden humanitären Rotkreuz-Bewegung schaden.
Die Rotkreuz-Idee wurde verpolitisiert. Die ganze humanitäre Bewegung läuft nun Gefahr, zum Instrument des «christlichen Westens» abgestempelt zu werden.

Fazit dieser «Aussenpolitik»: Ausser Spesen nichts gewesen! Die Bilanz ist aber nicht nur Null, sie ist negativ. Denn die verfehlte Politik kostet Millionen und Abermillionen von Steuerfranken, und die schweizerische Neutralität wird Schritt um Schritt preisgegeben.

Es ist und bleibt Aufgabe der AUNS, Frau Calmy-Rey und andern Bundesräten bei jedem Verstoss gegen die schweizerische Neutralität energisch auf die Finger zu klopfen.

Nein zur Verschleuderung des Schweizer Passes

Im Berichtsjahr hat die AUNS auch die SVP-Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen», deren Unterschriftensammlung bis zum 18.11.2005 lief, unterstützt. Die Initiative will, dass das Schweizer Volk wieder souverän über Einbürgerungen entscheiden kann. Das Bundesgericht hatte mit Entscheid vom 9. Juli 2003 Urnenabstimmungen ausgeschlossen und verlangt, dass Einbürgerungsentscheide zu begründen sind und angefochten werden können, womit ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung bestünde. Die Unterschriftensammlung ist dank der Unterstützung der AUNS zustande gekommen.

Christoph Blocher: Grosse Wirkung im Bundesrat

Seit der Wahl des ehemaligen AUNS-Präsidenten Christoph Blocher in den Bundesrat am 10. Dezember 2003 hat sich in der Landesregierung vieles geändert. Mit Christoph Blocher haben die Grundwerte und Staatssäulen unseres Landes – Freiheit, Unabhängigkeit, Volkssouveränität und Neutralität – endlich einen energischen Verfechter in der Landesregierung bekommen.

Bundesrat Blocher sorgt dafür, dass im Bundesrat Missstände offen ausgesprochen werden, dass man den Dingen auf den Grund geht und dass man hart um gute Lösungen ringt. Er hat im Berichtsjahr sehr erfolgreich gekämpft:

gegen den Asylmissbrauch, für ein konsequentes Ausländergesetz, für einen schlanken Staat, für weniger Steuern, für einen geordneten Finanzhaushalt und gegen die überbordende Bürokratie. Dank Bundesrat Blocher können wir im Jahr 2006 gleich zu drei wichtigen Bundesvorlagen JA stimmen: Ja zum revidierten Asylgesetz, zum Ausländergesetz und zur Vorlage betreffend swisscom.

Was bleibt zu tun? Überall dort, wo Bundesrat Blocher im Bereich Unabhängigkeit und Neutralität wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht durchdringen kann oder ans Kollegialitätsprinzip gebunden ist, hat die AUNS anzutreten!

Asylmissbrauch wird endlich bekämpft

In der Wintersession 2005 haben die eidgenössischen Räte erstmals ein verschärftes Asylgesetz verabschiedet, das die Aufnahme echter Flüchtlinge gewährleistet und gleichzeitig den tausendfachen Asylmissbrauch wirksam bekämpft.

- Asylanten mit einem negativen Asylentscheid, welche die Kooperation bei der Ausreise verweigern, bekommen nur noch eine staatliche Nothilfe.
- Um die Ausschaffung abgewiesener Asylanten durchzusetzen, kann eine Haft von bis zu 24 Monaten angeordnet werden.

Die AUNS-Exponenten im Nationalrat haben bei der Revision des Asylgesetzes, die unter der Ägide von Christoph Blocher erfolgte, massgebliche Unterstützungsarbeit geleistet. Auch beim neuen Ausländergesetz wurde durchgesetzt, dass nur noch spezialisierten Arbeitskräften von ausserhalb der EU- und EFTA-Staaten Zutritt gewährt wird.

Stopp der Manipulation von Volksabstimmungen

Auch im Berichtsjahr haben Bundesräte und Verwaltung in Verletzung der Demokratie mit Steuergeldern massive Propagandakampagnen geführt für Schengen und die Ost-Personenfreizügigkeit. Skandalöse Praktiken betreibt insbesondere das Integrationsbüro, die Propagandazentrale des Bundesrates, welche den Bundesräten Deiss und Calmy-Rey unterstellt ist. Nachdem das Integrationsbüro schon für die Schengen-Abstimmung ein umfassendes «Informationskonzept» (sprich Propagandakonzept) ausgearbeitet und systematisch umgesetzt hat, wurde im Berichtsjahr bekannt, dass es in den vergangenen Jahren jeweils jährliche Beträge von 19 000 bis 125 000 Franken an die Nebs (Neue Europäische Bewegung Schweiz) überwiesen hat. Dieser Missbrauch von Steuergeldern zur Unterstützung eines privatrechtlichen Vereins, dessen Ziel der rasche EU-Beitritt ist, ist ein Skandal. Mit einem parlamentarischen Vorstoss hat Nationalrat Dr. Christoph Mörgeli, Vorstandsmitglied der AUNS, erneut die Abschaffung des Integrationsbüros verlangt.

2. Die AUNS

Schweizerische Werte hochhalten

Welches sind die schweizerischen Werte? Sie ergeben sich aus der Frage, was wir Schweizerinnen und Schweizer zu verteidigen haben. Es geht um unsere **Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit, um die Selbstbestimmung, die direkte Demokratie, die schweizerische Neutralität (als Überlebensstrategie unseres Kleinstaates). Es geht um den Wohlstand, unsere tiefe Arbeitslosigkeit, unsere Lebensqualität. Es geht um unsere Kultur, unsere Identität, unsere Heimat.**

Viele dieser Werte werden heute in Frage gestellt. Dass gegen Ende des Berichtsjahres beispielsweise ein Wettbewerb für neue Schweizer Banknoten gewonnen wird, indem zum Thema «weltoffene Schweiz» ein Aidsvirus dargestellt wird, zeigt eine erschreckende Tendenz. Es ist die Daueraufgabe der AUNS, für die Wahrung der schweizerischen Werte zu kämpfen.

Schwache Menschen rufen nach Anpassung

«Um Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit hochzuhalten, braucht es unabhängige, selbstbewusste und tatkräftige Menschen. Es braucht Kraft und Standhaftigkeit, um diese Werte zu verteidigen. Schwache Menschen sind damit schnell überfordert. Sie rufen nach Anpassung.

Heute wird Freiheit zwar als Selbstverständlichkeit wahrgenommen, aber gleichzeitig vernachlässigt. Grenzen gelten als lästig, die Unabhängigkeit gilt als antiquiert. Eigene Wege zu gehen ist für viele zu mühsam. Man bspöttelt den Sonderfall Schweiz und warnt vor dem Alleingang – aber im Grunde genommen lediglich aus Schwäche. Mit den Wölfen heulen und mit den Schafen blöken gilt als chic – weil es eben so schön bequem ist. Wir sollten alle eines bedenken: Bei der Preisgabe von Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit gibt man sich selbst als Staat und Bürger auf.»

Bundesrat Christoph Blocher, anlässlich der Gedenkrede zum 60. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2005 in Rafz

2.1. Aktivitäten während des Berichtsjahres

Mitgliederversammlung 2005

Die rund 1000 anwesenden Mitglieder der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) haben anlässlich der 20. Mitgliederversammlung vom Samstag, 30. April 2005, im Berner «National» die Hauptkampagne gegen den Schengen/EU-Beitritt im Hinblick auf die Abstimmung vom 5. Juni 2005 eingeläutet. In einer Resolution wurden die gravierenden Nachteile eines Schengen-Beitritts – grenzenlose Kriminalität, fremdes Recht, Weichenstellung in die EU – herausgestrichen. Und mit scharfem Protest verwehrte sich die AUNS gegen die skandalöse Schengen-Propaganda aus dem Bundeshaus und gegen das Redeverbot gegenüber Schengen-kritischen Polizisten, Grenzwachtern und weiteren Beamten.



Maulkörbe seien eine Kriegserklärung gegen die Demokratie, und der Bundesrat selbst mache sich mit seiner Propaganda zum Totengräber der Demokratie, stellte die AUNS fest. In der Schweiz herrschten diesbezüglich Zustände wie seinerzeit in der DDR.

Nein zur grenzenlosen Kriminalität

AUNS-Präsident Nationalrat Dr. Pirmin Schwander stellte in seiner Standortbestimmung im fahngeschmückten Saal fest, die AUNS sei im vergangenen Jahr erneut um rund 1800 auf über 46 000 Mitglieder gewachsen, und sie habe mit dem erfolgreichen Schengen-Referendum ihre Referendumsfähigkeit erneut eindrücklich bewiesen.

Schwander warnte vor dem Anpassertum aus dem Bundeshaus und von gleichgesinnten Kreisen, welche die Schweiz in internationale Grossgebilde einbinden wollten und diesem Grössenwahn unsere Stärken und Besonderheiten opferten. Unserer längeren Spiesse – Freiheit, Unabhängigkeit, bewaffnete Neutralität, direkte Demokratie, Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit – würden preisgegeben. Denken und Handeln müssten endlich wieder Pflicht sein, bevor es zu spät sei.

Schwander warnte vor der grenzenlosen Kriminalität im Falle eines Schengen-Beitritts. Der Ersatz unseres erfolgreichen Prinzips «Kontrolle an der Grenze, Freiheit im Landesinnern» durch das umgekehrte Schengener Prinzip «Freiheit an der Grenze, Kontrolle (unbescholten) Bürger im Landesinnern» sei absurd. Zudem sei der Souveränitätsverlust mit Schengen gravierend. «Kein vernünftiger Mensch würde freiwillig einen solchen Vertrag unterschreiben, den der Partner beliebig abändern kann!»

«Herr seiner Grenzen bleiben»

Professor Habermann stellte fest, das Schweizer Volk stehe am 5. Juni 2005 vor der folgenreichen Entscheidung, ob es die Hoheit über seine Grenzen preisgeben oder ob es «Herr seiner Grenzen» bleiben wolle. Grenzen seien entscheidend für die Entfaltung der Freiheit. Er wundere sich, dass viele europäische Liberale immer noch ein Projekt naiv unterstützten, das «eine seit dem Römischen Reich nie da gewesene Massierung von Macht bei einer europäischen Zentralbürokratie vorsieht». Allein schon das einzigartige gesetzgeberische Initiativmonopol der EU-Kommission und die vage Generalermächtigungsklausel der europäischen Verträge machten die Regierungen und die nationalen Parlamente praktisch wehrlos. Nationale Besonderheiten und der politische Wettbewerb der Systeme würden niedergewalzt. «Solange die EU ihr imperiales Leitbild nicht korrigiert, ist sie nicht reif für einen Beitritt der Schweiz», rief Habermann unter Applaus in den Saal. Er plädierte für ein Europa der Nicht-Zentralisation und des Wettbewerbs, der Freiheit und der Vielfalt. In Bezug auf Schengen, welches «Teil des europäischen Nivellierungsprojektes» sei, bedeute dies am 5. Juni 2005 ein eindeutiges Nein.



Nein zu Schengen und zur Ost-Personenfreizügigkeit.

Denn offene Grenzen heisst:

- *Sicherheit verlieren*
- *Arbeitsplatz verlieren*
- *EU-Beitritt*

Die Schweiz braucht kein Schengen-Dublin-Rezept

Für Nationalrat Geri Müller (Grüne/AG) ist Schengen/Dublin das «falsche Medikament für Krankheiten, die es gar nicht gibt.» Die Schweiz als sicherstes Land der OECD brauche kein europäisches Bürger-Überwachungssystem mit allen möglichen Daten. Zudem dürfe sich die Schweiz nicht zusammen mit der EU gegen den Rest der Welt abschotten.

David Glatz, Ehrenpräsident des Schweizerischen Schiesssport-Verbandes, betonte, Schützen, Jäger und Waffensammler müssten gegen Schengen sein, weil unser freiheitliches Waffenrecht und unsere Souveränität massiv beschnitten würden. Mit Schengen werde unser Waffenrecht künftig in Brüssel bestimmt.

Nationalrat Oskar Freysinger (SVP/VS) illustrierte den Sicherheitsverlust, den das absurde Schengen-System für die Schweiz bringe, mit entsprechenden Szenen aus dem Alltag. «Die Schweiz muss draussen bleiben, dann bleiben wir auch Meister unseres Schicksals.» Andernfalls würden immer mehr Entscheidungen für unser Leben in Brüssel gefällt. Und das sei auch nicht im Sinn der Suisse romande.

Unterschriftensammlung und Kampagnen gegen Schengen und die Ost-Personenfreizügigkeit

Mit den Referenden gegen Schengen und die Ost-Personenfreizügigkeit waren die Geschäftsstelle und die Stützpunkte im Berichtsjahr sehr stark ausgelastet. Zur Erfüllung dieses Kernauftrages wurden insbesondere die folgenden Massnahmen getroffen:

Schengen:

- 28. Dezember 2004: Start der Unterschriftensammlung mit Doppelbogen Schengen/Ost-Personenfreizügigkeit in rund 20 Schweizer Städten, kombiniert mit der Abgabe von Grillwürsten nach dem Motto «Die Schweiz ist uns nicht Wurst». Diese medienwirksame Start-Aktion hat auf Anhieb je 7000 Unterschriften gebracht.
- Januar bis März 2005: zahlreiche Standaktionen der Stützpunkte.
- 31. März 2005: **Einreichung der Schengen-Unterschriften** inkl. Medienkonferenz.
- Erarbeitung von **Argumentarien**, eines **Referentenführers** mit Foliensatz sowie von **Prospekten**.
- Dichtes Netz von öffentlichen **Schengen-Veranstaltungen** (bereits ab Herbst 2004, Schwergewicht ab Januar 2005).
- **Flugblattverteilung per Post** in Hunderttausenden von Haushalten in der ganzen Schweiz, finanziert durch AUNS-Mitglieder in ihrer Gemeinde
- **Leserbriefe**: Leserbriefkurse in Bern, Zürich, Walenstadt, Rotkreuz, Olten und St. Gallen im März 2005.
- **AUNS-Inseratekampagne** vor allem im Mai 2005, in der Phase des Hauptkampfes.
- **Plakatkampagne**.
- 20. Mai 2005: Eindrückliche Manifestation auf dem Bundesplatz gegen Schengen, symbolisiert durch ein acht Meter hohes **Trojanisches Pferd**.

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 25. September 2005 zur **Ost-Personenfreizügigkeit** wurden ähnliche Massnahmen getroffen mit den folgenden Zusätzen:

- 3 Leserbriefkurse in Olten, Winterthur und Walenstadt, sowie 5 Referentenkurse in Bern, Basel, Luzern, Zürich und St. Gallen (alle im Juli).
- Strassen- und Standaktionen im grossen Stil ab Juni. Starke Plakatierung ab August.
- Bahnhofaktionen: Verteilung von Flugblättern mit der Schlagzeile «Kündigung» jeweils am frühen Morgen im August und im September.

Die Geschäftsstelle der AUNS hat sämtliche Grundlagen (Argumentarien, Referentenführer, Broschüren und Flugblätter) erarbeitet und erstellt. Sie besorgte in den ersten Monaten des Berichtsjahres vollumfänglich die Administration für die Schengen-Unterschriftensammlung. Mit Überzeiten und unter Beizug von 1 bis 2 Teilzeitaushilfen wurde die umfangreiche Arbeit sehr kostengünstig bewältigt.

Offene Grenzen heisst:

**Sicherheit
verlieren.**

**Arbeitsplatz
verlieren.**



Für die Schweizerinnen und Schweizer bedeutet das konkret:

- ⊕ Abschaffung der Grenzkontrollen und der Grenzen
- ⊕ Freie Bahn für Kriminelle, grenzenlose Kriminalität
- ⊕ Mehr Schwarzarbeiter, mehr Ausländer
- ⊕ Mehr arbeitslose Schweizer, tiefere Löhne
- ⊕ Ungebremste Zuwanderung zum Sozialsystem
- ⊕ Weniger Wohlstand, mehr Armut
- ⊕ Fremdes Recht und fremde Richter
- ⊕ Gleichgeschaltete Asyl- und Visapolitik
- ⊕ Preisgabe unseres freiheitlichen Waffenrechts
- ⊕ EU-Beitritt durch die Hintertür.

Wollen wir das?

Über diese wichtige Frage muss das Volk entscheiden.

Deshalb unterschreiben Sie:

1x das Referendum gegen Schengen.

1x das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit.

Graue Briefe

Im Berichtsjahr erschienen 7 Graue Briefe «zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik», nämlich die Nummern 103 bis 109. Schwergewichte waren naturgemäss Schengen und die Ost-Personenfreizügigkeit.

Das AUNS-Bulletin findet nach wie vor grossen Anklang, weil es klare Botschaften, Kurzinformationen, Zahlen und Fakten über den Stand der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität vermittelt, welche für die Information der AUNS-Mitglieder und vieler Interessenten von Bedeutung sind. In der Regel umfasst ein Grauer Brief, der auch als «Bulletin d'information» französisch und als «Bolletino d'informazione» italienisch erscheint, vier bis maximal acht Seiten.

Pressekonferenzen

Zusätzlich zu verschiedenen Pressekonferenzen im Zusammenhang mit Schengen und der Ost-Personenfreizügigkeit (im Rahmen des überparteilichen Komitees) hat die AUNS am 14. November 2005 eine stark beachtete Medienkonferenz zur künftigen Europa- und Aussenpolitik durchgeführt.

Im Rahmen von 10 Forderungen (siehe Seite 13) wurde auch eine **Volksinitiative gegen einen EU-Beitritt** in Aussicht gestellt.

Eine allfällige Initiative muss sehr sorgfältig geprüft werden. Sie könnte sich aber aufdrängen, wenn in Bundesbern unter dem Titel «Bilaterale» weiterhin der EU-Beitritt vorangetrieben wird. Dies im Sinn von Bundesrätin Calmy-Rey, die am 24.4.2003 an einer Pressekonferenz erklärt hat: «Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten.» Genau das will das Schweizer Volk nicht!

Communiqués

Im Berichtsjahr ist die AUNS mehrfach mit Communiqués an die Öffentlichkeit getreten, um ihre Politik noch besser zu verbreiten. Es ging dabei um die folgenden Botschaften/Forderungen:

- Demokratiefeindliche Machenschaften des EU-verblendeten Bundesrates (19.1.2005)
- Das Schweizer Volk wird einmal mehr angeschwindelt (4.2.2005)
- EU-Beitritt ist endgültig vom Tisch (5.6.2005)
- Wider das pathologische Geschwätz vom «Rütli-Schwindel» (26.7.2005)
- Volk will bilateralen Weg statt EU-Beitritt (25.9.2005)

- AUNS will rasche Klärung in der Aussenpolitik (29.9.2005)
 - Der EU-Beitritt muss endlich vom Tisch (26.10.2005)
 - Nein zur «Kohäsionsmilliarde Ost» (19.01.2006)
 - Europapolitische Morgendämmerung bei der economiesuisse (28.2.06)
 - Von der «Solidaritätsmilliarde zur Erpressung» (8.3.06)
- (Alle Communiqués sind auf www.auns.ch abrufbar)

Weitere Aktionen

Die **AUNS-Internetseiten** in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch wurden inhaltlich weiter ausgebaut. Auch im Berichtsjahr erwies sich das Internet als unverzichtbar.

Insertionen in der mit Steuergeldern finanzierten Auslandschweizer Zeitung «**Schweizer Revue**» wurden im Berichtsjahr wegen der überrissenen Kosten bis auf weiteres ausgesetzt. Es fällt aber immerhin positiv auf, dass das einstige Bundesrats-Propagandablatt mit dem neuen Chefredaktor etwas ausgewogener auftritt.

In der **Suisse romande** wurden die in den letzten Jahren aufgebauten Strukturen gefestigt. Ende 2005 verfügte die Geschäftsstelle unter Führung des Koordinators "Westschweiz", Herrn René Scheidegger, in den Kantonen über zuverlässige Ansprechpartner für die Planung und Durchführung von Aktionen. Die Position der AUNS in der Suisse romande hat sich weiter gefestigt. Sie wird in den Medien und in der Öffentlichkeit wahrgenommen und respektiert.

Kontakte pflegen, Überzeugungsarbeit leisten

Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen sowie Podiumsgespräche, Referate an Schulen etc., die vom Geschäftsführer, dem Stellvertreter und anderen AUNS-Exponenten bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS und unsere Arbeit im In- und Ausland bekannt zu machen.

So haben aufgrund von Anfragen auch verschiedene Gespräche und Kontakte mit Politikern, Diplomaten, Beamten, Unternehmern, Studenten und anderen Persönlichkeiten u.a. aus Deutschland, Holland, China, Taiwan, England, Irland und Indien stattgefunden. Dabei ging es dem Geschäftsführer in erster Linie darum, die Besonderheiten unseres politischen Systems aufzuzeigen, insbesondere die direkte Demokratie, die Volkssouveränität und die schweizerische Neutralität samt ihren positiven Konsequenzen.

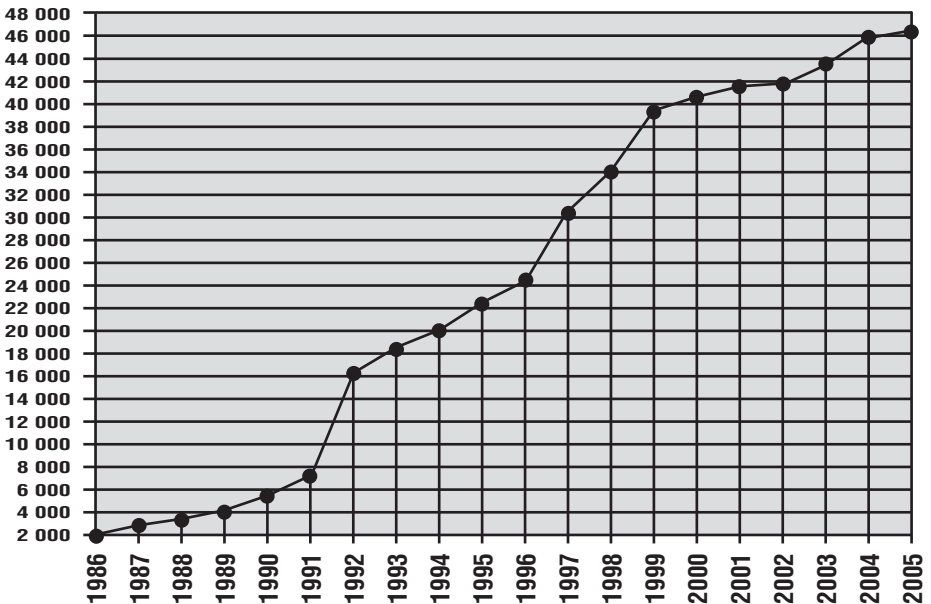
Beispiel Volkssouveränität: Der schweizerische Mehrwertsteuersatz von 7,6 % (die EU-Staaten haben Sätze von 15 bis 25 %) bleibt seit Jahren unverändert, weil er in der Bundesverfassung verankert ist, und weil deshalb auch die kleinste Erhöhung eine Mehrheit von Volk und Ständen finden muss. Ganz anders ist es bei den Bundesaussgaben, wo das Parlament zuständig ist: Die Bundesschulden sind von 38,5 Milliarden Franken im Jahre 1990 auf gegenwärtig rund 132 Milliarden, also auf mehr als das Dreifache, angestiegen!

Ein solcher Leistungsausweis beeindruckt die Leute und trägt dazu bei, dass sie verstehen, warum wir der EU nicht beitreten wollen.

2.2 Mitgliederbestand

20.03.2006	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Mitglieder	24 641	29 480	30 961	31 779	31 613	32 944	34 009	34 166
Gönner	2 911	2 846	2 834	2 841	2 822	2 915	2 965	2 986
Sympathisanten	6 503	6 715	6 814	6 942	7 328	7 967	8 626	8 871
Total	34 055	39 041	40 609	41 562	41 763	43 826	45 600	46 023

Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, Gönner und Sympathisanten hat im Geschäftsjahr 2005 leicht zugenommen. Unter Abzug der üblichen Abgänge kann für die gesamte Schweiz ein Netto-Zuwachs von 423 Mitgliedern ausgewiesen werden. Die AUNS zählte am 20.03.2006 somit total 46 023 Mitglieder. Die Mitgliederwerbung musste 2005 auf ein Minimum reduziert werden, weil die Abstimmungskämpfe «Schengen und Ost-Personenfreizügigkeit» sowohl die Geldmittel als auch die Stützpunkte (Unterschriftensammlungen) stark beanspruchten. Im neuen Berichtsjahr wird der Ausbau der Mitgliederstärke wieder ein vorrangiges Ziel sein.



1986: Gründungsjahr der AUNS

2.3. Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung 2005

	Rechnung 2004	Rechnung 2005
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	1 909 222.34	2 009 423.49
Zinsen	6 270.05	59 549.65
	<u>1 915 492.39</u>	<u>2 068 973.14</u>
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	502 273.34	522 213.70
Mitgliederbriefe, Presse	307 985.71	340 076.26
Sonderaktionen	446 897.00	1 680 447.69
Abschreibungen	21 900.05	14 378.05
Allgemeines	91 678.06	96 724.10
	<u>1 370 734.16</u>	<u>2 653 839.80</u>
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	1 915 492.39	2 068 973.14
Total Ausgaben	1 370 734.16	2 653 839.80
Jahresergebnis	<u>+ 544 758.23</u>	<u>- 584 866.66</u>

-: Ausgabenüberschuss / +: Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2005

Kasse	284.80	
Postcheck	76 637.10	
Valiant-Bank Bern	60 487.64	
Wertschriften	619 529.65	
Guthaben VST*	7 289.73	
EDV-Anlage, Mobiliar	25 800.00	
Kreditoren		16 711.05
Sonderfonds		54 961.65
Kapital		718 356.22
	<u>790 028.92</u>	<u>790 028.92</u>

* Verrechnungssteuer

Die Mitgliederversammlung vom 30. April 2005 beschloss, die Jahresbeiträge für 2005 nicht zu erhöhen: Mitglied Fr. 35.–, Ehepaare Fr. 50.–, Gönner Fr. 100.– und Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden um rund Fr. 459 423.49 höher budgetiert; allerdings sind auch die Ausgaben im ausserordentlichen Kampfsjahr «Schengen/Ost-Personenfreizügigkeit» entsprechend höher. Es galt, die Unterschriftensammlungen gegen Schengen und die Ostzuwanderung zu finanzieren. Anschliessend mussten im ersten Halbjahr der Schengen- und im Herbst der Personenfreizügigkeits-Abstimmungskampf geführt werden. Es ergibt sich deshalb ein Ausgabenüberschuss von 584 866.66.

Das Jahr 2005 hat gezeigt, zu welchem Kraftakt die AUNS imstande ist. Denn die Mitglieder, Gönner und Sympathisanten leisteten 2005 einen beeindruckenden zusätzlichen Effort, um gegen die erdrückende Propaganda der Schengen- und Ostzuwanderungsbefürworter zu bestehen. Deshalb mussten trotz des hohen Aufwands die «eisernen Reserven» nicht angetastet werden. Das Reinvermögen beträgt per 31.12.05 Fr. 747 517.87 (ohne EDV-Anlage, Mobilien und Kreditoren). Das Jahr 2005 hat uns vor Augen geführt, zu welchem Mitteleinsatz die AUNS-Gegner bereit sind. Bereits Ende des Berichtsjahres zeichnete sich eine wiederum respektable Aufstockung des Vermögens ab, die der AUNS erlauben wird, die anstehenden Aufgaben lösen zu können.

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten herzlich für ihre finanziellen Engagements.

2.4. Vorstand

Der Vorstand tagte wie üblich während den Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern, also insgesamt viermal. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand die Schengen/Dublin-Frage, die bilateralen Verträge II, die integrationspolitische Lage der Schweiz sowie die Folgen der UNO-Mitgliedschaft im Vordergrund.

2.5. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle hat im Berichtsjahr die folgenden Ziele angepackt und erreicht: Konzentration der Kräfte und der Mittel, mehr Effizienz, rasche Dienstleistungen, mehr Politik.

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr ist Werner Gartenmann als vollamtlicher Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Neben Fehr und Gartenmann sowie der Sekretärin Katharina Fischer (zu 60% angestellt) haben je nach Arbeitsanfall weitere Teilzeit-Arbeitskräfte die Geschäftsstelle unterstützt. Dies war vor allem am Anfang des Berichtsjahres nötig, weil die Administration des Schengen-Referendums zu bewältigen war. Die Grösse der AUNS mit über 46 000 Mitgliedern, der Ausbau der Tätigkeit vor allem im Welschland und die wichtige Stellung im politischen Kräftespiel erfordern eine leistungsfähige Geschäftsstelle.

2.6. Stützpunkte in den Kantonen

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter aus den Deutschschweizer Kantonen trafen sich viermal in Bern, die Verantwortlichen aus der Westschweiz in Lausanne und Genf. Die Stützpunkte werden in verschiedenen Kantonen durch frische Kräfte geführt, die einen grossen Einsatz im Sinn unserer Sache leisten, Unterschriften-Sammelaktionen durchführen, Mitglieder werben und Veranstaltungen organisieren.



Viermal trafen sich die AUNS-Stützpunktleiter in Bern zu Arbeitssitzungen: AUNS-Präsident Pirmin Schwander im Gespräch mit Walter Junker, AUNS-Stützpunktleiter Thurgau

Im Berichtsjahr wurde die Leistungsvereinbarung mit klaren Zielvorgaben, die sich bewährt, weitergeführt. Jeder Stützpunkt hatte in einem bestimmten Zeitraum eine Schengen-Veranstaltung und sechs Standaktionen (Unterschriften sammeln, Flugblätter verteilen) durchzuführen und dabei je 10 neue AUNS-Mitglieder zu werben.

Broschüren

Neue Titel:

- Neuer Werbeprospekt der AUNS (d, f, i)
- Broschüre «Nein zu Schengen und zur Ost-Personenfreizügigkeit»
- Broschüre «Schützen gegen Schengen»
- Kurzargumentarium «Nein zur grenzenlosen Kriminalität»
- Broschüre «Europa braucht eine unabhängige Schweiz» (von Professor Dr. Gerd Habermann, Direktor des Unternehmerinstituts der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, Berlin).

3. Schlusswort

Die AUNS steht am Ende des Berichtsjahres 2005 als stärkste überparteiliche Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität erneut vor grossen Herausforderungen:

- Anpassertum an Brüssel
- aussenpolitischer Aktivismus
- Europabericht des Bundesrates Mitte 2006
- kein Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs
- Kohäsionsmilliarde für neue EU-Staaten
- Rahmenabkommen für künftige Bilaterale
- Aushöhlung der schweizerischen Neutralität
- Asylmissbrauch
- Verschleuderung des Schweizer Bürgerrechts
- Schwächung der Milizarmee
- demokratiefeindliche Staatspropaganda.

An all diesen «Fronten» hat die AUNS anzutreten, als überparteiliche Lobby für Freiheit und Unabhängigkeit.

Nachdem die SVP nun seit zwei Jahren mit zwei Bundesräten in der Landesregierung vertreten ist – und darum vermehrt Kompromisse eingehen muss – hat die AUNS als unabhängige, überparteiliche Volksbewegung noch an Bedeutung gewonnen. Der Auftrag der AUNS ist noch wichtiger geworden. Wir haben als einzige starke Lobby zur Wahrung der Unabhängigkeit und der Neutralität den Kampf zu führen für Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung.

Wir danken an dieser Stelle allen unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die aus Überzeugung, mit Herzblut und Engagement für unser Land und unsere Freiheit kämpfen.
